

Zbigniew Blok

Systemtransformation in Polen – Einige theoretische Reflexionen

Gibt es eine Transformationstheorie? Ich bezweifle, dass wir je über eine einheitliche Theorie verfügen werden. Gegenwärtig beschränkt man sich offenbar darauf, die Ursachen, Mechanismen und Folgen des gesellschaftlichen Wandels zu beschreiben oder zu erklären. Jedoch sollte dies uns nicht daran hindern, einige theoretische Reflexionen über die Systemtransformation anzustellen. Wie Płoszajski mit Recht feststellt, ist die Transformation ein interaktiver Prozess, in dessen Verlauf die kausalen Mechanismen sowohl Ordnung als auch Chaos generieren können (Płoszajski 1995: 64). Meiner Meinung nach handelt es sich dabei vorrangig um einen Wandel der sozialen Struktur, der Kultur und des gesellschaftlichen Bewusstseins, und erst in zweiter Linie um einen politischen, wirtschaftlichen und technologischen Prozess.

Systemtransformation und Revolution

Die Systemtransformationen in den Staaten Mittel- und Osteuropas verlaufen nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum. Sie werden von anderen Prozessen wie der Globalisierung, der Weltkonjunktur, der europäischen Integration überlagert. Sorgfältig muss daher differenziert werden, welche Entwicklungen von der Transformation und welche durch andere Prozesse hervorgerufen werden. Die Systemtransformation stellt einen einmaligen gesellschaftlichen Prozess dar. Dieser kann nicht direkt aus den historischen Erfahrungen erklärt werden, denn er hat keine Entsprechung in der Geschichte der Menschheit. Er benötigt daher eine spezifische und adäquate Terminologie. „Systemtransformation“ ist nur eine Bezeichnung unter vielen – wenn auch die am häufigsten benutzte.

Anfangs wurde versucht, diesen Prozess in die Klasse der revolutionären Prozesse einzuordnen. Dies wurde aber relativ schnell aufgegeben, weil sich herausstellte, dass „sich die Revolutionen in Mitteleuropa erheblich von allen bisherigen Revolutionen unterschieden. Vor allem waren sie keine Klassenrevolten, sie wurden nicht zu Geflechten gesellschaftlicher und politisch-struktureller Ver-

* Dr. habil. Zbigniew Blok, geb. 1942, Professor am Institut für Politische Wissenschaften und Journalismus der Adam Mickiewicz-Universität Poznań (UAM).

änderungen auf der Basis des Klassenumsturzes“ (Skocpol 1979: 4). Die Transformation war keine Revolution, weil ihr gesellschaftlicher Träger keine durch ein gemeinsames wirtschaftliches Interesse integrierte Klasse war. Die Transformation unterscheidet sich von der Revolution des Weiteren durch die Abwesenheit von Gewalt, denn abgesehen von spektakulären Ausnahmen vollzog sich die Transformation friedlich. Daher passt sie nicht in die Definition von Huntington, der unter Revolution nur Änderungen in den gesellschaftlichen Werten und Mythen, der sozialen Struktur, den politischen und staatlichen Institutionen sowie der politischen Führung und Macht versteht, die durch den Einsatz von Gewalt erreicht wurden (Huntington 1968: 264).

Trotz der aufgezeigten Unterschiede gibt es keinen Zweifel, dass die Transformation viel mit revolutionären Prozessen gemeinsam hat. Als eine Form des gesellschaftlichen Wandels trug sie zur Lösung der Konflikte des bestehenden politischen Systems bei, was einige Autoren durch die Bezeichnung dieser Prozesse hervorgehoben haben. So benutzt Wnuk-Lipiński (1993) den Begriff der „revolutionären Transformation“. Als schwierig erweist sich die Festlegung des Beginns der Transformation. Zwar wird oft das Jahr 1989 genannt. Die Transformation hat aber bereits im alten System begonnen. Staniszki beschreibt in ihrer evolutionären Theorie des sprunghaften Wandels die „Phase der lebensnahen Organisation“, die in ein „Evolutionsstadium“ übergeht. Die neuen, gegenüber dem alten System formal fremden Institutionen haben sich anfangs als funktional erwiesen, weil sie dieses effektiver machten. Gleichzeitig stellten sie den Anfang der neuen Ordnung dar, die sich herauszubilden begann, als sich eine entsprechende Interessenstruktur sowie eine mit ihr verbundene Subjektivität der neuen politischen Kräfte herauskristallisiert hatten (Staniszki 1995: 238). Podgórecki bezeichnet dieses Prozessstadium als „Übergangszeit“, in der das frühere Regime bereits auf einige nicht-demokratische Strukturen verzichtet hatte, sich aber noch nicht alle Strukturen des neuen Regimes herausgebildet hatten (Podgórecki 1995: 232).

Viele Autoren stimmen darin überein, dass der Transformationsprozess schon weit vor der politischen Machtübernahme durch die oppositionellen Eliten begonnen hatte. Wilkin beschreibt für das Polen Anfang der 1980er Jahre einen „Zustand der verbreiteten Anarchisierung des wirtschaftlichen Lebens“. Dieser beruhte auf dem Phänomen der „regulativen Leere“, in dem „der alte Mechanismus der zentralen Planung und Verwaltung nicht mehr und der neue Marktmechanismus noch nicht funktionierte“ (Wilkin 1995: 85). Eine ähnliche Meinung vertritt Rosati, der das Programm von Balcerowicz als weder originell noch innovativ bezeichnete, auch wenn es von einem großen Teils der durch langjährige sozialistische Indoktrinierung beeinflussten Öffentlichkeit so gesehen wurde (Rosati 1998: 19).

Als Anfang der Transformation kann daher das Programm von Rakowski gesehen werden, das neben der Liberalisierung der Preise und der Begrenzung

der Kreditvergabe auch Privatisierungen, die Schließung unrentabler Betriebe und die Schaffung eines Kapitalmarktes vorsah. Sicher trieb diesen nicht die Vision eines Systemwandels, dennoch lief sein Handeln auf eben diesen hinaus. Die Regierung Mazowiecki verfügte so über eine fertige Konzeption des Aufbaus der Marktwirtschaft. Darüber hinaus und im Unterschied zum früheren Regime konnte die Regierung auch auf die gesellschaftliche Zustimmung zur Realisierung dieses Programms zählen (die Bereitschaft zum Verzicht eingeschlossen) – in einem Ausmaß, von dem das Kabinett Rakowski nicht einmal träumen konnte. Die Meinung, dass die Reformen der 1980er Jahre zum Erfolg der polnischen Transformation beigetragen haben, wird auch von Baka geteilt, der diese Zeit als eine Art „Management-Lehre“, als Vorbereitung zum Handeln unter Marktbedingungen betrachtet, ohne die sich die Transformation deutlich verzögert hätte (Baka 1999: 261).

Transformation und Reform

Die Transformation kann mit dem kommunistischen Experiment der 1940er und 1950er Jahre verglichen werden, das versuchte, in Politik und Wirtschaft ein monozentrisches System zu errichten. Dieser Versuch, ein grundsätzlich anderes politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System zu schaffen, endete bekanntlich in einem Fiasko. Diese von oben oktroyierte, mit Gewalt durchgesetzte Vision konnte weder in der Sowjetunion noch in den Ländern, die sich über Jahrzehnte in deren Einflussphäre befanden, umgesetzt werden. Der Misserfolg zeigte sich in der Kluft zwischen normativer Vision und tatsächlichem Resultat. Beiden Veränderungen sind ihr globaler Charakter und ihr schnelles Tempo gemeinsam. In kurzer Zeit sollten nicht nur das wirtschaftliche und politische System, sondern auch die gesellschaftlichen, kulturellen und geistigen Strukturen verändert werden. Der Weg zur Zentralverwaltungswirtschaft führte von der Verstaatlichung der Produktionsmittel über die Abschaffung des Marktes und der Geldmechanismen bis zur Einführung einer monozentrischen Machtausübung und der Schaffung einer egalitären Gesellschaft. Im ersten Experiment wurde eine klassenlose Gesellschaft als Grundlage der weiteren Entwicklung angesehen. In der postsozialistischen Transformation hingegen sollte eine Gesellschaft mit starker „Mittelklasse“ geschaffen werden.

Die Ziele beider gigantischen Wandlungsprozesse sind zu Zielen „an sich“ geworden. Die Wirtschaft wurde jeweils der Politik und Ideologie untergeordnet. Zwar war das Primat der Politik beim Aufbau der Zentralverwaltungswirtschaft deutlich größer, in der Transformation mangelt es allerdings ebenfalls nicht an entsprechenden Beispielen (Blok 1994: 21). Gemeinsam haben beide Visionen der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, dass sie auf den Wandel der Eigentumsverhältnisse fixiert sind. Nach Buchner-Jeziorska zeugt die Orientierung der Reformatoren der polnischen Wirtschaft auf die „Privati-

sierung von oben“ davon, „dass diese – bewusst oder unbewusst – davon ausgingen, dass die Eigentumsverhältnisse und die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Gesellschaft und Wirtschaft Klassencharakter aufweisen“ (Buchner-Jezior-ska 1993: 25).

Beiden großen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen mangelt es an gesellschaftlichen Trägern. Wie Szelenegi feststellt, wurde die proletarische Revolution in Agrarländern ohne Proletariat durchgeführt, während an der Spitze der bürgerlichen Revolution in den Ländern ohne Kapitalisten eine osteuropäische Intelligenz steht, um eine Bourgeoisie und die sogenannte „Mittelklasse“ zu schaffen (Staniszki 1991: 12).

Charakteristisch für beide Veränderungen ist auch, dass die gesellschaftlichen Visionen beider Ordnungen im besten Fall nur nebelhaft skizziert wurden. Faktisch hatte keine Ideologie oder wissenschaftliche Theorie entscheidenden Einfluss auf die kreierte Wirklichkeit. Daraus lässt sich umgekehrt der Schluss ziehen, dass die Praxis der Veränderungen einen stärkeren Einfluss auf die ideologischen und theoretischen Visionen hatte und hat als umgekehrt.

Als Folge daraus unterschieden sich die erzielten Effekte der gigantischen gesellschaftlichen Experimente deutlich von den erwarteten oder gewollten. Im ersten gesellschaftlichen Experiment, das auf Nationalisierung beruhte, sollten anfangs ausschließlich die Regeln der Distribution geändert werden. Dies führte jedoch zur Deformierung der wirtschaftlichen Interessen, die eine Schlüsselrolle für die Rationalität der Produktion spielten. Als man dies bemerkte, gab man sich der Hoffnung hin, dies könne durch eine soziale Motivation der Nomenklatura ersetzt werden (Jakóbi 1994: 92f.). Im gesellschaftlichen Experiment der Wiedereinführung der Marktwirtschaft wurde hingegen fälschlicherweise und naiv oder vielleicht sogar zynisch angenommen, dass mittels Privatisierung des Staatseigentums, Liberalisierung der Preise, Stabilisierung der Währung und Liberalisierung des Handels eine kapitalistische Marktwirtschaft automatisch entsteht (Kregel et al. 1992: 35f.). Dies ist jedoch in keinem Transformationsstaat gelungen.

Zur Wahrnehmung des Transformationsprozesses

Die Möglichkeit, eine Transformation der gesellschaftlichen Ordnung in Polen einzuleiten, überraschte 1989 sogar diejenigen, die sich dafür eingesetzt hatten. Zumindest anfänglich war die Opposition dem Sozialismus gegenüber nicht feindlich eingestellt und strebte keine Rückkehr zum Kapitalismus oder zur liberalen Demokratie an. Die oppositionellen und intellektuellen Eliten waren sich bewusst, dass der Kapitalismus als Ziel des Wandels die Gesellschaft nicht mobilisieren, eher demotivieren würde. Denn nicht nur dessen erklärte Gegner, sondern auch nichtmarxistische Kritiker waren sich seiner Nachteile und Schwächen bewusst. Man muss nur Polyani zitieren, der an der Marktwirtschaft in kapitalistischer Form scharfe Kritik geübt hat. Der selbstständige, von der Gesellschaft ausge-

grenzte Markt, der sich ausschließlich an der Profitrate und -masse orientiert, führt Polyani zufolge zur Zerstörung der Gesellschaft, weil er mit keinerlei gesellschaftlichen Normen rechnet und alles dem „Interesse des Kapitals“ unterordnet. Die Reaktion auf die für die Gesellschaft destruktiven Folgen des Marktes in seiner kapitalistischen Version war die Entstehung des so genannten Realsozialismus sowie des Wohlfahrtsstaates (Polanyi 1992).

Wir sind gewohnt, den Charakter des gesellschaftlichen Lebens und die ihm entsprechende gesellschaftliche Ordnung mit einem bestimmten Werte- und Ideenkatalog zu verbinden. Allerdings ließ das Tempo der Veränderungsprozesse keine Zeit für die Entstehung eines entsprechenden Wertesystems (Blok 1999: 159). Nur ein starker Staat und eine dem Weber'schen Asketismus nahe Ethik hätte diesen aggressiven und brutalen Kapitalismus zügeln können. Doch genau daran fehlt es in den Transformationsgesellschaften. Das gesellschaftliche Leben verträgt aber keine „Leere“ – das Fehlen von Ideologie und Transformationstheorie wurde schnell durch eine mythische Vision ersetzt. Diese hatte die Transformation besonders in ihrer Anfangsphase, als suggeriert wurde, dass diese innerhalb weniger Monate zu realisieren sei. Eine solche Vorstellung der Zukunft war stark mythologisiert, ja utopisch, doch an ihrer Dekodierung war keine politische Kraft interessiert. Später ging man von einigen Jahren aus; mittlerweile wird allgemein zugegeben, dass ein Ende der Transformation noch nicht abzusehen ist.

Das Wesen der Transformation

Die „Zivilisierung des stürmischen Marktes“ und die Veränderung des Kapitalismus hin zu mehr Menschlichkeit und Bürgerfreundlichkeit haben lange gedauert. Nur für wenige Gesellschaften wurden sie zum Erfolg. Vielfach erwies es sich als schwer, eine Marktwirtschaft zu schaffen, da diese kein spontaner Prozess ist, der ohne Eingreifen des Staates vonstatten gehen könnte. Die Transformation kann daher die Staatsfunktionen nicht reduzieren, sondern nur modifizieren. Dies gilt um so mehr, als die politischen und wirtschaftlichen Systeme in den Ländern des sowjetischen Lagers gänzlich anders funktionierten. Viele Wirtschaftsfunktionen waren dem politischen System übertragen worden; einige Funktionen, die in parlamentarischen Demokratien das politische System erfüllt, wurden vom wirtschaftlichen System wahrgenommen. Die Transformation hatte daher die Aufgabe, den Normalzustand der Funktionsweise der gesellschaftlichen Subsysteme wieder herzustellen. Unter den Bedingungen der nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung reagiert das politische System auf Veränderungen im wirtschaftlichen System. In der Transformation ist es genau umgekehrt. Veränderungen gingen vom politischen System aus, Wirtschaftsreformen wurden erst später durchgeführt und sollten ihrerseits die politische Transformation festigen.

Die Zustimmung zur Transformation war oberflächlich und eher unbewusst. Zudem erfolgte mit deren Fortgang eine Degradierung derjenigen Gruppen, die eine Schlüsselrolle beim Sturz des alten Systems gespielt hatten. Dies führt zur permanenten Konflikthaftigkeit des Transformationsprozesses. Marczuk behauptet daher, dass die Transformationsgesellschaften ein linkes (und im besten Falle sozialdemokratisches) Bewusstsein aufweisen. Eine linke Infrastruktur, deren Rückgrat unter anderem die Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltungen waren, führte unter den anfänglich der Transformation zustimmenden gesellschaftlichen Gruppen schnell zur Rückkehr zur Logik des revolutionären Kampfes. Diese Tendenz war desto stärker, je sichtbarer die gesellschaftlichen Missstände, Finanz- und Wirtschaftsskandale, Privatisierungspleiten und der Egoismus der Eliten wurden (Marczuk 1993: 69-71).

Ein zusätzlicher Punkt, der für die Notwendigkeit spricht, den Transformationsstaat zu stärken, ist die schwache Markt- und Demokratieerfahrung der Gesellschaften Mittel- und Osteuropas (eventuell mit Ausnahme der tschechischen Gesellschaft). Nach Zuzowski determiniert „die vorkommunistische Vergangenheit die postkommunistische Zukunft“ (Zuzowski 1998: 2). Hinzu zu fügen ist allerdings, dass sich die „vorkommunistische Vergangenheit“ auf die Art und Weise projiziert, wie die Systemtransformation durchgeführt wird. Mit Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei auf der einen Seite, Russland, der Ukraine, Weißrussland, Bulgarien und Rumänien auf der anderen Seite sowie Estland, Lettland und Litauen als dritter Gruppe lassen sich unterschiedliche Wege von der zentralen Planwirtschaft zur kapitalistischen Wirtschaft ausmachen.

Die Unterschiede in der Transformation zeigen sich sogar in Ländern mit ähnlicher Vergangenheit. Beispielsweise blieben Polens Machteliten unter dem Einfluss neoliberaler Ideen, die von Ökonomen internationaler Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank vorgegeben wurden. Bei abnehmender gesellschaftlicher Zustimmung zum Reformprogramm, die sich bereits im ersten Jahr der Transformation abzeichnete, begannen die Entscheidungsträger, in der Autorität internationaler Finanzinstitutionen Unterstützung für ihr Reformprogramm zu suchen, um dieses glaubwürdig zu machen. Balcerowicz setzte seinen Plan konsequent um, auch dann, als dieser in Widerspruch zur neoliberalen Strategie geriet. Laut Adam wurde die neoliberale Strategie in ihrer reinen Form in Polen, „in mittlerer Form“ in Tschechien und „graduell“ in Ungarn eingeführt (Adam 1999: 7). Diese Typologie ist zwar vereinfachend, benennt aber die Unterschiede zutreffend.

Die gesellschaftliche Basis der Veränderungen

Der Transformationsprozess verfügt über keinen wirklichen Rückhalt in der Gesellschaft. Die beim „Zusammensturz des alten Systems“ zentralen Kräfte gehören nicht zu den Hauptakteuren beim Aufbau des neuen Systems. Laut

Rychard spielten bei der Zerstörung des alten Systems die Gewerkschaften (vor allem die soziale Bewegung *Solidarność*), die katholische Kirche sowie die großen Staatsunternehmen eine wichtige Rolle. Jedoch hatte keine dieser Kräfte ein spezielles Interesse am Aufbau des Kapitalismus und an der Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie (Rychard 1995: 28f.). Im Gegenteil sind deren institutionelle Interessen sogar durch die Transformation bedroht.

Wer stellt daher die soziale Basis in den Gesellschaften ohne Kapital und ohne Mittelklasse dar? Die Meinungen in dieser Frage sind geteilt. Die Hauptakteure beim Aufbau des neuen Systems sind Individuen und gesellschaftliche Gruppen (ebd.: 27), die allerdings nur schwer identifiziert werden können: Welche Elemente verbinden diese Akteure, oder verbanden sie in der Vergangenheit? Eigene Interessen vertraten in der Transformation Menschen mit unterschiedlichem ideologischem Hintergrund, aus verschiedenen Berufsgruppen, mit differenzierten Bildungsniveaus und moralisch unterschiedlichen Verhaltensmustern. Die Eliten, die in der Zeit des Systemzusammenbruchs die Opposition stellten, waren eher eine Ansammlung von Individuen als gesellschaftliche Gruppen.

Vielleicht klingt die Hypothese paradox, doch die „Nomenklatura“ bildete die einzige gesellschaftliche Gruppe, deren institutionelles Interesse in erster Linie mit der Transformation verbunden war. Die Bedingungen, die diese Gruppe im alten Regime hervorgebracht hatten, standen zu einem bestimmten Zeitpunkt ihren Interessen im Wege. Ihr berufliches und intellektuelles Potenzial sowie ihre Ambitionen und vor allem das Niveau des angestrebten Konsums konnten in seinem Rahmen nicht verwirklicht werden. Die Nomenklatura stellte daher das potenzielle gesellschaftliche Rückgrat der Transformation dar. In den so genannten „Flitterwochen der Transformation“ fiel laut Ziółkowski diese Rolle kurzzeitig der Intelligenz zu, die jedoch rasch aus der Verantwortung flüchtete und ihren Platz Unternehmern und Geschäftsleuten überließ (Ziółkowski 1995: 31).

Triebkraft der Transformation war daher keineswegs ein gesellschaftliches Interesse, sondern Unzufriedenheit, Ungeduld und Hoffnungen, die nur Illusion und ein Scheinersatz für das eine Gruppe oder Klasse schaffende Interesse waren. Die gesellschaftliche Basis der Transformation stellte eine Ansammlung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen dar, die häufig entgegengesetzte Interessen vertraten. Theoretisch gesehen war die Integration einer solch heterogenen gesellschaftlichen Basis nahezu unmöglich. Denn sie umfasste Mitglieder der neuen Gewerkschaften, die der Opposition entstammende Intelligenz, die mit den bisherigen Aktionen und den Möglichkeiten des alten Systems unzufriedene Intelligenz, die innerparteiliche Opposition, ehemalige Mitglieder der PZPR, Vertreter der Machteliten, Manager verschiedener Ebenen sowie Bergarbeiter, Bauern und Metallarbeiter usw.

Trotz allem gelang die Integration dieser so heterogenen gesellschaftlichen Massen um die Idee der Systemtransformation unter anderem deswegen, weil es anfangs keinerlei Ideologie, Theorie, geschweige denn ein Programm dieses Prozesses gab. Man musste niemanden überzeugen oder überreden – jede das Rückgrat der gesellschaftlichen Transformation konstituierende gesellschaftliche Gruppe hatte das Recht anzunehmen, dass ihr Engagement in diesem Prozess den eigenen Interessen dient. Es formierte sich kein Widerspruch gegen das Interesse irgendeiner Gruppe, weil es keine Möglichkeit gab, Streit und Konflikt öffentlich auszutragen.

Man kann daher annehmen, dass die gesellschaftliche Basis der Transformation nicht objektiv, sondern subjektiv konstituiert wurde. Dies war deswegen möglich, weil schon früher im Rahmen des sowjetischen Systems versucht wurde, die Gruppeninteressen künstlich abzuschaffen – auch wenn dies nicht gelang, war die Verwirrung bei der Bestimmung und Artikulierung der Gruppeninteressen groß.

Davon zeugt unter anderem die Tatsache, dass die Parteiensysteme in diesen Ländern künstlich und gänzlich von den gesellschaftlichen Strukturen losgelöst waren. Für die Transformation ist charakteristisch, dass es zu keiner Übertragung der Gruppen- und Klasseninteressen auf das Parteiensystem kam. Den neu entstandenen politischen Parteien gelang es nicht, die Wählerschaft dauerhaft für sich zu gewinnen. Es erwies sich als unmöglich, ein kohärentes politisches Programm aufzustellen, das von einer so heterogenen gesellschaftlichen Basis hätte akzeptiert werden können. Die gesellschaftliche Basis der Transformation war sowohl rechts als auch links, liberal und konservativ, individualistisch und kollektivistisch, egalitär und elitär usw. Die neu entstandenen Parteien versuchten, die potenzielle Wählerschaft zu mobilisieren, so als wäre sie homogen. Sie wollten alle Bürger repräsentieren und vertraten am Ende häufig niemanden: Ununterbrochen entstanden und vergingen neue „Sofa“-Parteien, so genannt, weil deren Mitglieder alle auf dem besagten Möbelstück Platz fanden.

Die gesellschaftliche Basis der Transformation erwies sich als mythisch, nicht als real. Im Grundsatz war der Hauptträger der Transformation, um die alte Sprache zu benutzen, die vom alten Regime verhätschelte „großindustrielle Arbeiterklasse“. Ein weiteres Mal bestätigte sich die These, dass permanent verzögerte Reformen eine Eskalation der Forderungen und Erwartungen hervorrufen und nicht zur Besänftigung der gesellschaftlichen Unzufriedenheit führen.

Die gesellschaftlichen Kosten der Transformation

Tiefe wirtschaftlich-gesellschaftliche Veränderungen wie die von der Transformation hervorgerufenen haben sich als konfliktträchtig erwiesen. Dies hat objektive Ursachen, die in deren Wesen begründet sind. Zu den subjektiven sind diejenigen zu zählen, die sich aus den Methoden, Instrumenten und konkreten

Lösungen der Transformation ergeben. Letztere konnten, mussten aber nicht in Erscheinung treten – je nachdem, für welchen Privatisierungsweg, welche Rechtslösung oder welches „politische Bündnis“ man sich entschied.

In Polen wurde entschieden, rasch von der „Mangelwirtschaft“ zur „Wirtschaft der begrenzten Nachfrage“ mittels der so genannten Schocktherapie überzugehen. Ein wunderbarer Effekt wurde vor allem dadurch erzielt, dass sich die Geschäfte und Marktstände füllten und das Waren- und Dienstleistungssortiment sich erweiterte. Dieser Effekt wurde jedoch durch die Liberalisierung des Handels mit dem Westen und nicht durch eine Veränderung in der Produktionsstruktur erreicht. Charakteristisch für die polnische Transformation war in erster Linie eine Präferenz für die Distribution gegenüber der Produktion. Dies hatte ernste wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen. In relativ kurzer Zeit veränderte sich die Rationalität des individuellen Konsumverhaltens. In geringem Ausmaß veränderte sich hingegen die Rationalität der Angestellten in der Produktion. Die Liberalisierung des Handels mit dem Westen verursachte Schwierigkeiten beim Verkauf polnischer Produkte auf dem eigenen Markt. Verbunden mit einer restriktiven Besteuerung der Staatsunternehmen in Form des so genannten „popiwek“ führte die Liberalisierung des Außenhandels zu Unternehmenspleiten nicht nur bei schwachen Unternehmen, sondern auch bei solchen, die als modernisiert galten.

Ebenso wenig konnte die polnische Landwirtschaft der westlichen Konkurrenz standhalten, da sie weder durch Subventionen noch durch Zölle geschützt war. Der drastische Abfall der Rentabilität der Produktion im Allgemeinen und der landwirtschaftlichen Produktion im Speziellen führte zum Bankrott nicht nur vieler Unternehmen, sondern ganzer Branchen. Diese Situation bedeutete Massenarbeitslosigkeit, die – mit unterschiedlicher Intensität – während der Transformation in Erscheinung trat und alle möglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen mit sich brachte. Degradiert wurden in erster Linie die großen Betriebe, Werften, Stahl- und Bergwerke, die Metallindustrie und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die wesentlichen Kräfte, die zum Zusammenbruch des alten Systems beigetragen haben, scherten aus der Front derjenigen aus, die den Aufbau der neuen gesellschaftlichen Ordnung betrieben (Rychard 1995: 28f.).

Ein weiterer Konfliktfaktor war die schnell voran schreitende Spaltung der polnischen Gesellschaft in einen verarmten und einen wohlhabenden Teil. Die Gesellschaft wurde sich schnell der Höhe der Transformationskosten und deren ungleicher Verteilung bewusst. Die gesellschaftliche Unzufriedenheit und Verbitterung wurde durch die Überzeugung gefestigt, dass das Anwachsen der gesellschaftlichen Ungleichheiten keinesfalls aus größerer wirtschaftlicher Aktivität resultierte, sondern aus kriminellen Machenschaften, Korruption, Umgehung geltenden Rechts, Ausnutzung von Positionen und politischen Ämtern usw.

Zu einer Quelle der gesellschaftlichen Unzufriedenheit und Spaltung wurde auch die Privatisierung. Die totale Privatisierung festigt die in der Abkehr vom Modell der zentralisierten Wirtschaft begründeten Veränderungen, unterstützt die polyzentrische gesellschaftliche Ordnung und bedeutet eine Vermarktwirtschaftlichung auch des gesellschaftlichen Lebens. Privateigentum und Demokratie sind eng miteinander verbunden und unterstützen sich gegenseitig (Zuzowski 1998: 129). Auch wenn klar war, dass es sich die polnische Gesellschaft nicht leisten kann, dem Ausverkauf des staatlichen Vermögens Vorschub zu leisten, hat man sich nicht für die Konzeption einer Privatisierung durch allgemeine Zueignung entschieden. Schätzungen zufolge ermöglichten die Sparguthaben der Bevölkerung, auch bei der Annahme, dass diese bereit sei, die Gesamtheit des finanziellen Besitzes zu diesem Zweck einzusetzen, den Ausverkauf von ungefähr 20% dieses Vermögens (Hausner 1991: 34). Die politische Macht verschiedener politischer Optionen und Kabinette bevorzugte deutlich die Privatisierung durch das Kapital, zumal diese den einzelnen Regierungen große Einnahmen in Aussicht stellte, die leider nicht reinvestiert wurden, sondern ins Staatsbudget flossen. Kein Wunder also, dass keine Regierung auf diese Einnahmen verzichten wollte, weil sie mit deren Hilfe politische Effekte „kostenloser“ Finanzierung erzielen konnte. Um kostenlose Finanzspritzen handelte es sich allerdings nur aus Sicht der Regierungsmannschaft, nicht aus derjenigen der polnischen Gesellschaft.

Diese von den politischen Eliten bevorzugte Privatisierungsmethode wurde nicht zuletzt durch Zugeständnisse an die Mitarbeiter der zu privatisierenden Unternehmen erkaufte. Die Regierung erhielt die gewünschte Zustimmung, aber die Rechnung bezahlte die ganze polnische Gesellschaft. Das hohe Privatisierungstempo war auch in der schrumpfenden gesellschaftlichen Basis der polnischen Transformation begründet. Die Privatisierung wurde als Ersatz für die gesellschaftliche Unterstützung des Reformprogramms angesehen. Je geringer diese wurde, desto schneller musste das Privatisierungsprogramm durchgeführt werden, um den Transformationsprozess unumkehrbar zu machen.

Die Konfliktrichtigkeit gründet auch in der Verschiebung eines Teils der wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben vom politischen System in die Wirtschaft. Ohne eine solche Verschiebung wären Vermarktwirtschaftlichung und die Abschaffung des staatlichen Monopols bei der Befriedigung vieler gesellschaftlicher Bedürfnisse und der Herstellung gesellschaftlicher Gerechtigkeit ebenso wenig möglich gewesen wie die Dezentralisierung und die Dekonzentration des politischen Systems. Die Verschiebung wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben in den Bereich der Wirtschaft war, auch wenn diese rational nachvollziehbar war, in der politischen Praxis nur schwer zu akzeptieren. Das Programm der Systemtransformation geriet in diesem Moment mit den Bestimmungen des „Runden Tisches“ in Widerspruch. Eine so große Dosis Kapitalismus hat nicht nur die polnische Gesellschaft, sondern auch die Gewerkschaften überrascht.

Der Transformationsprozess ist aufgrund seiner spezifischen Eigenschaften auch ein Prozess, der für Populisten günstige Bedingungen hervorbringt. Verstärkt wird dies durch den Pluralismus der Gewerkschaften, die in ihrem Wettstreit in der Wahl ihrer Instrumente nicht wählerisch sind und häufig auf demagogische Argumente zurückgreifen. Die Lohnforderungen, die so gut wie bei jedem Streik in der Transformationsperiode erhoben wurden, konzentrierten sich auf die rein finanzielle Funktion der Entlohnung, ohne deren übrige Funktionen, wie etwa die der Motivierung, zu berühren (Wiktor/Zembura 1995: 252). Die egalitären Forderungen sowie der paritätische Charakter der Streikpostulate bestätigten, dass die Gewerkschaften als gesellschaftliche Institutionen den Prozess der Systemtransformation nicht unterstützen können. Es verwundert daher nicht, dass die Reformen – des Schulwesens, der Renten wie auch des Gesundheitssystems – Wellen des Protests hervorgerufen und dazu geführt haben, dass nicht nur die Machteliten, sondern auch fast die gesamte ideologische Orientierung, die für die Einführung der Reformen verantwortlich zeichnete, von der politischen Bühne verschwanden.

Kurzes Fazit

Die Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa hat gezeigt, dass es keine kausale, in beiden Richtungen wirkende Relation zwischen Marktwirtschaft und Demokratisierung gibt. Zwar ist die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens ohne das Funktionieren des Marktes so gut wie unmöglich, doch kann eine Marktwirtschaft nicht nur unter den Bedingungen eines demokratischen Regimes funktionieren, sondern ebenso gut – und in manchen Fällen sogar besser – unter nicht demokratischen Regimen (Lindblom 1977: 5). Ein gewisses Primat der Politik über die Wirtschaft ist daher für Transformationsprozesse typisch.

Es zeigt sich weiterhin, dass das Tempo des Transformationsprozesses nicht Teil einer an der Spitze erdachten Konzeption sein kann, ebenso wenig, wie es eine Angelegenheit der Eliten sein kann, die naturgemäß zentralistische Tendenzen aufweisen. Man kann nicht das gesellschaftliche Leben vermarktwirtschaftlichen, ohne zuvor für die Schaffung eines funktionierenden Marktes gesorgt zu haben. Des Weiteren wird sich ohne das Vorhandensein einer Mittelklasse sowie einer Klasse von Kapitalisten jeder Markt als gebrechlich, instabil und unvollständig erweisen und die Vermarktwirtschaftlichung wohlfahrtsstaatlicher wie auch kultureller Funktionen erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Dies zeigen sowohl die Praxis der polnischen Reformen als auch die Erfahrungen der zurück gelegten Etappe der Systemtransformation.

Literaturverzeichnis

- Adam, Ian (1999), *Social Costs of Transformation to a Market Economy in Post-Socialist Countries: the Cases of Poland, the Czech Republic, and Hungary*. New York: St. Martin's Press.
- Baka, Władysław (1999), *U źródeł wielkiej transformacji (An der Quelle der großen Transformation)*. Warszawa: Oficyna Wydawnicza.
- Blok, Zbigniew (1994), „Transformacja systemowa jako proces i jako przedmiot badań“ (Systemtransformation als Prozess und Forschungsgebiet), in: K. Zamiany (Hrsg.), *Społeczna transformacja w refleksji humanistycznej (Gesellschaftliche Transformation in humanistischer Reflexion)*. Poznań: Wyd. Fundacji iora.
- Blok, Zbigniew (1999), „In search of a transformation direction: Polish dilemmas“, in: K. Glass, Z.W. Puślecki (Hrsg.), *Transformation und Integration Ost-Mitteleuropas*, Wien/Poznań: Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Wydawnictwo Fundacji Humaniora.
- Buchner-Jeziorska, A. (1993), „Ludzie w gospodarce. Próba rekonstrukcji nowego ładu społeczno – ekonomicznego w Polsce“ (Menschen in der Wirtschaft. Der Versuch einer Rekonstruktion der neuen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ordnung in Polen), in: *Studia Socjologiczne*, Nr. 3.
- Hausner, Jerzy (Hrsg.) (1991), *W systemowej próżni? Dylematy procesu transformacji*. Krakow.
- Huntington, Samuel P. (1968), *Political Order in Changing Societies*. New Haven: Yale University Press.
- Jakóbkik, Witold (Hrsg.) (1994), *Kontynuacja czy przełom? Dylematy transformacji ustrojowej (Kontinuität oder Umbruch? Dilemmata der Systemtransformation)*. Warszawa: ISP PAN.
- Kregel, Ian / Matzner, Egon / Grabher, Gernot (1992), *The Market Shock: an Agenda for the Economic and Social Reconstruction of Central and Eastern Europe*. Vienna: Austrian Academy of Sciences, Research Unit for Socio-Economics; Ann Arbor: distributed by the University of Michigan Press.
- Lindblom, Charles E. (1977), *Politics and Markets. The World's Political-Economic Systems*. New York: Basic Books.
- Marczuk, Stanisław (1993), „Dylematy przekształceń gospodarczych“ (Dilemmata der Wirtschaftstransformation) in: ders. / Sowa K.Z. (Hrsg.), *Studia nad transformacją gospodarki polskiej (Studien zur Transformation der polnischen Wirtschaft)*. Rzeszów: Wydawnictwo Uniwersytetu Rzeszowskiego.
- Płoszajski, Piotr (1995), „Polskie reformy. Trudna sztuka uczenia się i zapominania“ (Polnische Reformen. Die schwere Kunst des Lernens und Vergessens), in: Sułek/Styk (Hrsg.).
- Podgórecki, Adam (1995), *Społeczeństwo polskie (Die polnische Gesellschaft)*, Rzeszów.
- Polanyi, Karl (1992) *The Great Transformation*. New York: Ferris.
- Rosati, Dariusz K. (1998), *Polska droga do rynku (Polens Weg zum Markt)*, Warszawa: PWE.
- Rychard, Andrzej (1995), „Ludzie i instytucje. Kto tworzy nowy ład“ (Menschen und Institutionen. Wer schafft die neue Ordnung), in: Sułek/Styk (Hrsg.).
- Skocpol, Theda (1979), *States and Social Revolutions*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

- Staniszki, Jadwiga (1991), „Dylematy okresu przejściowego: przypadek Polski“, (Dilemata der Übergangszeit: der Fall Polen), in: Morawski, W. /Kozek, W. (Hrsg.), *Spółeczeństwo wobec wyzwań gospodarki rynkowej* (Die Gesellschaft und die Herausforderungen der Marktwirtschaft). Warszawa: UW.
- Staniszki, Jadwiga (1995), „Polityka postkomunistycznej instytucjonalizacji w perspektywie historycznej“ (Die Politik der postkommunistischen Institutionalisierung in historischer Perspektive), in: A. Sułek / J. Styk (Hrsg.).
- Sułek, A. / Styk, J. (Hrsg.) (1995), *Ludzie i instytucje. Stawianie się ładu społecznego* (Menschen und Institutionen. Die Entstehung der Gesellschaftsordnung), Lublin: Wyd. UMCS.
- Wiktor, Jan W. / Zembura, Renata (1995), „Konflikty interesów płacowych w gospodarce a negocjacyjny model kształtowania wynagrodzeń“ (Lohnkonflikte in der Wirtschaft und das Verhandlungsmodell in der Lohnpolitik), in: J. Hausner (Hrsg.), *Narodziny demokratycznych instytucji. Studia nad systemem reprezentacji interesów* (Die Geburt der demokratischen Institutionen. Studien über das System der Interessenvertretung), Band 3, Kraków.
- Wilkin, Jerzy (1995), *Jaki kapitalizm (Welcher Kapitalismus)*. Warszawa: Wydawnictwo Naukowe PWN.
- Wnuk-Lipinski, Edmund (1993), *Rozpad połowiczny. Szkice z socjologii transformacji ustrojowej*. Warszawa: PAN – ISP.
- Ziółkowski, Marek (1995), „Pragmatyzacja świadomości społeczeństwa polskiego“ (Die Pragmatisierung des Bewusstseins der polnischen Gesellschaft), in: Sułek/Styk (Hrsg.).
- Zuzowski, Robert (1998), *Political Change in Eastern Europe since 1989: Prospects for Liberal Democracy and a Market*. Westport, Conn.: Praeger.

Potsdamer Textbücher

PTB 8

Das moderne Polen

Jochen Franzke (Hrsg.)

Politologen, Historiker, Juristen, Ökonomen und Soziologen aus Polen und Deutschland stellen Bereiche der Entwicklung von Staat und Gesellschaft im modernen Polen informativ und diskussionsanregend dar.

Bestellungen beim Universitätsverlag Potsdam
ubpub@rz.uni-potsdam.de und
www.welttrends.de